

EU-Grünbuch zum Demografischen Wandel:
„Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität
zwischen den Generationen“

Der Stuttgarter Lösungsansatz:
Arbeitsprogramm „Kinderfreundliches Stuttgart“

Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster



Landeshauptstadt Stuttgart

Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711-216-7301

Inhalt

INHALT	2
1. EINLEITUNG	3
2. DIE HERAUSFORDERUNG EINER NIEDRIGEN GEBURTENRATE	4
3. DER LÖSUNGSANSATZ: ARBEITSPROGRAMM „KINDERFREUNDLICHES STUTTGART“	4
4. AUSBLICK	8

1. Einleitung

Die Städte in Deutschland sehen sich angesichts eines umfassenden Strukturwandels mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert. Neben tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen stehen sie einer Bevölkerungsentwicklung gegenüber, die sich am treffendsten mit den Begriffen „weniger, älter und bunter“ umschreiben lässt. Nach einer Bürgermeisterbefragung der Bertelsmannstiftung im März 2005 ist der Demografische Wandel in 70 % der Kommunen der Bundesrepublik das Thema der Zukunft. Aber nur ein Drittel der befragten Kommunen setzt sich ausreichend damit auseinander. Daher ist verstärktes Handeln notwendig, das auch durch die EU-Konsultation gefördert werden kann.

Führende Wissenschaftler, Zukunftsforscher, Wirtschaftsinstitute und weitere Expertenkreise warnen vor einer drastischen Verschärfung der Lage. Denn: noch nie waren Volkswirtschaften mit einer Situation konfrontiert, in der sie bei sinkenden Geburtenzahlen und steigender Lebenserwartung ein Wirtschaftswachstum schultern mussten.

Deutschland zählt in der europäischen Union zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenrate. Seit 35 Jahren fehlen jährlich mehr als 350.000 Geburten pro Jahr. Dadurch fehlen heute im Vergleich zu einem bestandserhaltenen Altersaufbau 7.000.000 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 – 20 Jahren und weitere 5.000.000 junge Erwachsene im Alter von 20 – 35 Jahren. (Quelle: Erhebung der Johannes Gutenberg Universität Mainz, Prof. Dr. Hermann Adrian, 06.10.2004)

Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass sich die europäische Kommission dieser Frage intensiv angenommen hat, mit dem Ziel, die Debatte über den demografischen Wandel auf allen Ebenen verstärkt zu führen und Programme und Projekte anzustoßen, die geeignet sind, eine neue Solidarität zwischen den Generationen zu fördern.

Die Kommunen spielen auch bei dieser gesellschaftlichen und politischen Herausforderung eine besondere Rolle, da sie vor Ort mit Konzepten und konkreten Maßnahmen in den verschiedenen Politikbereichen nicht nur reagierend, sondern auch präventiv sich den vielfältigen Herausforderungen des demografischen Wandels stellen müssen. Eine wesentliche Qualität muss dabei ein politikübergreifender Ansatz auf kommunaler, landes- und bundespolitischer, aber auch europapolitischer Ebene sein.

Die Rolle der Kommunen im Konsultationsprozess ist somit grundlegend, zumal auch in Deutschland die Bevölkerung zunehmend in Stadtregionen lebt. Dass die

Debatte im Konsultationsprozess auf mehreren Ebenen geführt werden muss, ist nicht nur europapolitisch sinnvoll, sondern auch fachlich unumgänglich. Bei weiteren Veranstaltungen im Rahmen des Konsultationsprozesses, sollten daher die Kommunen der Mitgliedstaaten bzw. die Kommunalverbände auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene mit Beiträgen vertreten sein.

2. Die Herausforderung einer niedrigen Geburtenrate

In der Konferenz zum Grünbuch im Juli, die ein erster Schritt im Denk- und Lernprozess zum Thema demografischer Wandel im Rahmen der Grünbuchkonsultation war, wurde im Workshop „Sind die Geburtenraten zur öffentlichen Angelegenheit geworden?“ unter anderem festgestellt, dass die Ursachen für unterschiedliche (niedrige) Geburtenraten in einer Kombination der Kultur, der möglichen individuellen Lebensführung und der Politik in einer Gesellschaft begründet sind. Festgestellt wurde auch, dass nach wie junge Paare in der gesamten EU lieber mehr Kinder hätten, jedoch es an politischen Unterstützungsmaßnahmen (finanzieller und infrastruktureller) unter anderem für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fehle.

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat aus dieser Herausforderung Konsequenzen gezogen und unter anderem, neben der Initiierung und Modifizierung zahlreicher Einzelmaßnahmen im Kinder-, Jugend- und Seniorenbereich und im Rahmen der Integrationspolitik, vor zwei Jahren mit einem ganz konkreten Programm und einer provokanten Zielsetzung der demografischen und damit verbundenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderung gestellt.

Das Ziel, die kinderfreundlichste Großstadt Deutschlands zu werden, spricht alle Gruppierungen in der Gesellschaft an. Kinderfreundlichkeit wurde zum zentralen Thema der Stadtverwaltung.

3. Der Lösungsansatz: Arbeitsprogramm „Kinderfreundliches Stuttgart“

Stuttgart steht national und international mit anderen Städten und Metropolregionen in einem vielschichtigen globalen Wettbewerb. Angesichts der schwierigen demografischen Entwicklung in ganz Europa wird es künftig einen verschärften Wettbewerb um gut ausgebildete, leistungsfähige junge Menschen geben. Sie werden in den Städten leben, wo sie für sich und ihre Familien die besten Zukunftschancen sehen. Der Großraum Stuttgart muss sich als eine der exportstärksten High-Tech-Regionen in Europa deshalb in besonderer Weise diesem Wettbewerb stellen, das heißt, besonders attraktiv für junge Leute und junge Fa-

milien mit Kindern sein. Stuttgart hat derzeit nur noch in 18,3 Prozent seiner Haushalte Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Zwei Kinder und mehr gibt es sogar nur noch in rund neun Prozent der Haushalte. Wenn die Verwaltung und der Gemeinderat nichts unternehmen, sinkt die Zahl der Bürger in den nächsten 15 Jahren von heute 590.000 auf 560.000. Die Überalterung wird dabei in Stuttgart weiter fortschreiten, die Zahl der Kinder weiter abnehmen.

Stuttgart hat sich der Herausforderung gestellt und bei der Gestaltung des demografischen Wandels neue Wege beschritten. Dabei hat sich die Stadt mit dem selbst gesteckten Ziel, die kinderfreundlichste Großstadt Deutschlands zu werden, bewusst in den Wettbewerb gestellt. Kinderfreundlichkeit wurde als Standortfaktor und Leitziel für die Stadtverwaltung definiert.

Stuttgart hat bereits in den vergangenen Jahren wesentliche Weichen für eine kinderfreundliche Stadt gestellt. Keine Großstadt in Deutschland hat vergleichbare Anstrengungen unternommen für die Betreuung, Erziehung und Bildung, halbtags und ganztags, in den Kindergärten und Schulen. So stieg der Etat für Kinder und Jugendliche in den letzten acht Jahren von rund 300 Millionen auf rund 460 Millionen Euro. Auch das ist ein Beitrag, dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen.

Strukturell wurde diesem Programm folgendermaßen Rechnung getragen: Mit der Einberufung einer hauptamtlichen Kinderbeauftragten und weiteren 56 Kinderbeauftragten in den verschiedenen städtischen Ämtern und Stadtbezirken wurde seit 2003 ein umfassendes und verlässliches Netzwerk innerhalb der Verwaltung aufgebaut, das alle Bereiche der kommunalen Verwaltung umfasst: die Betreuung, Erziehung und Bildung in Kindergarten und Schule, den Wohnungsbau, die Gesundheitsversorgung, die Verkehrssicherheit, die Stadtplanung, die Kultur und den Sport.

Kinderfreundlichkeit ist ganz entscheidend für die Bürger. Deshalb wurde ein Kuratorium „Kinderfreundliches Stuttgart“ ins Leben gerufen, das mit herausragenden Persönlichkeiten der Wissenschaft, der Kirchen, der Medien, der Universitäten und der Politik besetzt ist und das für den Bürger und für die Kinder in Stuttgart eine starke Lobby ist. Darüber hinaus wurde ein Förderverein „Kinderfreundliches Stuttgart“ gegründet. Er wird von den Mitgliedern des Kuratoriums parteiunabhängig begleitet und fördert zahlreiche Projekte, die Stuttgart zur Kinderwunschstadt machen sollen.

Eine Hilfe für Familien in Stuttgart bietet die Broschüre „1001 Angebote und Möglichkeiten – von A bis Z – für unsere Kinder und Familien in Stuttgart“. Enthalten sind über 1001 Angebote für Kinder und ihre Eltern, die das Leben in Stuttgart erleichtern.

Ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur kinderfreundlichsten Großstadt ist das Arbeitsprogramm „Kinderfreundliches Stuttgart“ (www.stuttgart.de/kinder), das die Landeshauptstadt Stuttgart im Juli 2004 herausgab. Die Bündelung verschiedener Themenbereiche und die Erkenntnis, dass in den verschiedenen Bereichen Maßnahmen geschaffen oder modifiziert werden müssen, ist mit diesem politikübergreifenden Ansatz, der nun in fünf großen Leitziele für Stuttgart formuliert ist, gewährleistet:

1. *Alle Kinder sollen eine Bildung und Förderung bekommen, damit sie faire Zukunftschancen haben*

Dazu gehören der weitere Ausbau der Betreuungsangebote und der Sprachförderprogramme im Kindergarten, ebenso die offenen Ganztagschulen, mit Angeboten im sportlichen, künstlerischen und wissenschaftlichen Bereich. Die Angebote werden nach dem Elternwillen und den Begabungen der Kinder entwickelt; besonders wichtig ist die Sprachförderung der über 35 % Kinder mit Migrationshintergrund. Die 170 Nationen der Stuttgarter Bürger sehen wir als Chance, Stuttgart zu der Stadt für mit der höchsten Sprachkompetenz zu machen; wir bemühen uns darüber hinaus um begabte, junge Leute, die in Stuttgart studieren können.

2. *In Stuttgart sollen familiengerechtes Wohnen und Freiräume zum Spielen im Freien geschaffen werden*

Familien brauchen Platz zum Wohnen und Freiräume zum Spielen. Deshalb wird zum Beispiel das Programm „Preiswertes Wohneigentum für junge Familien“ fortgesetzt. Im Rahmen der Bemühungen, Spielflächen im Stadtgebiet zu erschließen hat die Stadt systematisch begonnen, Schulhöfe für die Freizeit zu öffnen: 110 sind bereits freigegeben, weitere sollen folgen.

Ende 2004 gab es 498 öffentliche Spielflächen in Stuttgart, 37 davon sind in den Jahren 2003 und 2004 entstanden, dieses Jahr kommen weitere 18 hinzu. Pro Jahr werden 2 bis 2,5 Millionen Euro dafür aufgewendet, Spielplätze zu sanieren und neue anzulegen.

3. *In Stuttgart sollen die Kinder gesund und sicher aufwachsen*

Das geht vom gesunden Frühstück im Kindergarten und in den Schulen bis hin zum Neubau einer Kinderklinik, von der Verkehrssicherheit, der Aktion

„Gute Fee“ bis zum Projekt „Stop – Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt“. Stuttgart soll auch für Kinder die sicherste Großstadt in Deutschland bleiben.

4. In Stuttgart sollen Frauen und Eltern, Familie und Beruf miteinander vereinbaren können

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von Kindern und Karriere ist ein zentrales Anliegen. Die Kinderbetreuung wird so ausgebaut, dass sich die Öffnungszeiten der Kinderbetreuung und Arbeitszeiten leichter aufeinander abstimmen lassen.

Flächendeckend sollen Angebote verschiedenster Träger unterstützt werden, die Kinderbetreuung auch abends und am Wochenende anbieten. Das Kuratorium „Kinderfreundliches Stuttgart“ hat ein Netzwerk mit mehr als 50 Unternehmen in Stuttgart und der Region aufgebaut. Diese Unternehmen haben sich gemeinsam zum Ziel gesetzt, familienfreundliche Unternehmenspolitik auch in kleineren und mittleren Betrieben umzusetzen.

5. Ein neuer Generationenvertrag vor Ort soll ein zukünftiges Miteinander Leben der Generationen ermöglichen

Ein besonderes Anliegen ist das Miteinander der Generationen. Wir brauchen einen neuen „Generationenvertrag vor Ort“, damit sich die wachsende Zahl der Seniorinnen und Senioren aktiver in das gesellschaftliche Leben einbringen können. Dies wird mit Generationenhäusern, Begegnungsstätten und neuen Netzwerken gegenseitiger Hilfe und Unterstützung gezielt gefördert. Dazu gehören sowohl die Entwicklung zukünftiger Wohnformen, aber auch Partnerschafts- und Patenschaftsprojekte zwischen Alt und Jung.

Die Stadt wird das Ziel, die kinderfreundlichste Großstadt in Deutschland zu werden, auch in den nächsten Jahren konsequent weiter verfolgen. Eine Aufgabe, die nur mit vielen Menschen gemeinsam erreicht werden kann: der Politik, den Bürgern und der Verwaltung. Im Rathaus werden alle Projekte und Initiativen gebündelt und koordiniert.

Damit Kinderfreundlichkeit messbar wird, hat das Kuratorium „Kinderfreundliches Stuttgart“ die Prognos AG Basel beauftragt, Vorschläge für Indikatoren zur Erfolgsmessung der zahlreichen Aktivitäten im Rahmen der Initiative Kinderfreundliches Stuttgart zu entwickeln. Bis zum Jahr 2009 wird das Programm auf seine Wirkung hin geprüft.

Mit diesem umfassenden Arbeitsprogramm hat die Landeshauptstadt Stuttgart Ziele und Maßnahmen formuliert, die zur konkreten Verbesserung der Lebenssituation von Familien und Kindern in Stuttgart führen sollen.

4. Ausblick

Die Landeshauptstadt Stuttgart nimmt mit dem Arbeitsprogramm „Kinderfreundliches Stuttgart“, das ein Baustein des Stuttgarter Bevölkerungsentwicklungskonzeptes ist, die Herausforderungen des demografischen Wandels unter einem speziellen Fokus auf.

Im europäischen Kontext begrüßen wir es ausdrücklich, dass die Europäische Union den Gedankenaustausch und regelmäßige Analyse des demografischen Wandels und seine Auswirkungen auf die Gesellschaften und die einschlägigen Politikbereiche auf allen Ebenen zukünftig fördern möchte und somit ein Wissenstransfer etwa auch unter der Best-Practice-Perspektive gewährleistet wird. Wir regen darüber hinaus an, dass das Thema im Rahmen des jährlich stattfindenden systematischen Dialogs zwischen der Kommission und den Kommunen beim Ausschuss der Regionen diskutiert wird.

Wir halten es für notwendig, dass bei der neuen Förderperiode 2007 - 2013 der demografische Wandel stärker berücksichtigt wird und dass darüber hinaus sicher gestellt wird, dass der Austausch zwischen den einzelnen Politikfeldern gewährleistet ist.

Der europäische soziale Dialog zu einer besseren Bewältigung des demografischen Wandels soll berücksichtigen, dass die einzelnen Themenfelder stärker Beachtung finden. Ganz wichtig dabei ist, dass nicht nur die Rolle der Zivilgesellschaft u. a. durch die mögliche Teilnahme von Vertretern an Fachkonferenzen gestärkt wird, sondern auch die Kommunen eine aktive Rolle spielen.

Da die Herausforderungen des demografischen Wandels ein Querschnittsthema darstellt, ist es sinnvoll für jede Generaldirektion der Europäischen Union eine Person zu benennen, die nach Innen und nach Außen Ansprechpartner/Koordinator für das Thema ist. In den externen Politikbereichen sollten einzelne Personen Themensprecher sein, die Informationen einholen und weitergeben; der Austausch zwischen den externen Politikbereichen soll bei der Generaldirektion Entwicklung erfolgen.